

Repressive Wissenschaft

Gegnerkunde. Wie sich akademische Einrichtungen mit Untersuchungen über abweichendes Verhalten zu Gehilfen des Staatsschutzes machen

Von Peer Heinelt

Weder die Rote-Armee-Fraktion (RAF) noch Al-Qaida – um nur zwei prominente Beispiele zu nennen – haben als Terrorgruppen angefangen, sondern sind schrittweise zu Terrorgruppen geworden. Dabei ist der Übergang von gewaltloser zu gewaltsamer Dissidenz fließend. Häufig lässt sich eine Entwicklung von politischem Widerstand über Guerillakriegführung bis zum Terrorismus beobachten. Dieser Prozess kann als eine doppelte Eskalation beschrieben werden: als vertikale Eskalation, bei der die Gewaltmittel verschärft und zunehmend Regeln der Konfliktaustragung gebrochen werden, und als horizontale Eskalation, wobei sich der geographische Aktionsradius der Gruppe erweitert.

Was sich liest wie der Auszug aus einer an der offiziellen Totalitarismuskritik orientierten Analyse des Verfassungsschutzes, entstammt der Selbstdarstellung des an der Goethe-Universität Frankfurt am Main angesiedelten Forschungsprojekts »Transnationale Eskalationsmechanismen gewaltsamer Dissidenz«. Analog zum deutschen Inlandsgeheimdienst hat man hier kein Problem damit, eine linke Stadtguerilla im selben Atemzug mit einer islamistischen Mörderbande zu nennen – und hier wie dort geht es darum, Staatsfeinde wahlweise zu bekämpfen oder zu neutralisieren. In der Projektbeschreibung der Frankfurter Wissenschaftler klingt das dann so: »Ziel ist es, die Bedeutung transnationaler Kooperation für die strategischen Entscheidungen dissidenter Akteure und den Übergang von radikalem, aber gewaltlosem Widerstand zu immer gewaltsameren Formen politischer Dissidenz zu erklären – sowie die Mechanismen zu identifizieren, die zu einer Umkehr dieses Prozesses führen.«

»Dissidenzforschung«

Das besagte Vorhaben ist Teil des Forschungszusammenhangs »Internationale Dissidenz«, der seinerseits zum an der Frankfurter Hochschule beheimateten Exzellenzcluster »Die Herausbildung normativer Ordnungen« (»Normative Orders«) zählt. Die für den »Exzellenzcluster« tätigen Philosophen, Historiker, Politikwissenschaftler, Juristen, Ethnologen, Ökonomen, Soziologen und Theologen beschäftigen sich nach eigenem Bekunden schon seit längerem mit »sozialen Auseinandersetzungen«. So wird etwa konstatiert, dass insbesondere die in den Ländern des globalen Südens lebenden Menschen zahlreiche »Erfahrungen von Ungerechtigkeit, von Missachtung und Demütigung« gemacht hätten, weshalb sie geneigt seien, ihre »normativen Ansprüche« gegen den Westen »notfalls auch mit Gewalt« durchzusetzen: »(Es) lässt sich gegenwärtig nur ahnen, welche heftigen Konflikte (...) der aktuell prognostizierte globale Klimawandel zeitigen wird – welche Verteilungskämpfe um knapper werdende lebenswichtige Ressourcen in den stärker belasteten Regionen, welche sozialen und kulturellen Kämpfe, wenn die vorhersehbaren massenhaften Migrationen in

die klimatisch günstigeren Zonen beginnen«. Passend dazu sind die »Dissidenzforscher« des »Exzellenzclusters« nun angetreten, die Organisationsformen und Handlungsweisen derjenigen zu untersuchen, die als Bedrohung des kapitalistischen Weltsystems betrachtet werden – woraus sich dann Empfehlungen für Maßnahmen zur Stabilisierung der Herrschaftsordnung ableiten lassen.

Entsprechend war denn auch das Programm einer internationalen Konferenz gestaltet, die die Frankfurter Wissenschaftler Anfang März dieses Jahres in der Mainmetropole abhielten. Unter dem Motto »Herrschaft und Widerstand in einer globalisierten Welt« betrachteten die Beteiligten dabei allerlei Gruppen und Zusammenschlüsse, die von ihnen als »oppositionell« wahrgenommen werden. Das Spektrum reichte von sogenannten Globalisierungskritikern über »populistische« Rechtsparteien und »Onlineaktivisten« bis zu den Anhängern eines »radikalen Dschihadismus«. Im Zentrum der Tagung stand einmal mehr die Frage nach den Ursachen und Bedingungen für die »Radikalisierung« von »Widerstandsbewegungen«; gemeinsam suchte man nach Erklärungen für den »Übergang« von »Widerstand gemäß den im jeweiligen Herrschaftssystem etablierten »Spielregeln« hin zu »revolutionäre(m) Widerstand mit unkonventionellen Mitteln«.

Die Fragestellung deckt sich mit der eines im Wintersemester 2015/16 und im Sommersemester 2016 von den »Dissidenzforschern« der Universität Frankfurt angebotenen »Empiriepraktikums«. Dem Veranstaltungsplan zufolge beschäftigten sich dabei Studierende unter Anleitung der Politikwissenschaftlerin Nicole Deitelhoff und ihrer Mitarbeiter Priska Daphi und Felix Anderl mit der »Radikalisierung und De-Radikalisierung innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung«. Auf entsprechende »Veränderungsprozesse« untersucht wurde etwa die »Interventionistische Linke« (IL). Die zugehörigen Forschungsergebnisse waren im Anschluss auf den Seiten des Onlinemediums »Bretterblog« zu lesen. Demnach hat sich die IL durch ihre enge Anbindung an die Partei die Linke zwar in den institutionellen Rahmen des etablierten politischen Systems integriert und damit »teilweise deraikalisiert«, ihre »linksradikalen Positionen« jedoch nicht aufgegeben. Vielmehr würden die Aktionsformen der Organisation wie etwa der »zivile Ungehorsam« mittlerweile selbst von »moderaten Akteuren« der sogenannten globalisierungskritischen Bewegung als legitimer Ausdruck von Protest »akzeptiert«, heißt es.

»Security Governance«

Für die staatlichen Repressionsorgane sind solche Einblicke und Analysen selbstredend von großem Wert. Sie dienen ihnen gleichsam als Arbeitsgrundlage, denn schließlich kann man nur Phänomene, die man verstanden und durchschaut hat, erfolgreich bekämpfen. Es verwundert somit nicht, dass die Frankfurter Wissenschaftler in staatliche Forschungsprogramme einbezogen werden, die direkt dem



Was denn nun? Radikalisierung oder Deradikalisierung? Staatsnahe Forschung will herausgefunden haben, dass G. Allerdings halte letztere an Aktionsformen wie dem »zivilen Ungehorsam« fest, die mittlerweile selbst von »moderaten Akteuren« der sogenannten globalisierungskritischen Bewegung als legitimer Ausdruck von Protest »akzeptiert«, heißt es.

Staatsschutz zugute kommen. Der Politologe Christopher Daase etwa, der aktuell für das erwähnte Projekt »Transnationale Eskalationsmechanismen gewaltsamer Dissidenz« verantwortlich zeichnet, leitete in den Jahren 2010 bis 2013 eine Untersuchung über »Sicherheitskultur im Wandel«. Finanziert wurden seine Arbeiten vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des bereits 2007 aufgelegten Programms »Forschung für die zivile Sicherheit«, in das bis dato mehr als 500 Millionen Euro geflossen sind. Das im Einvernehmen mit Polizeibehörden, Einrichtungen der Bundeswehr und Rüstungsindustrie proklamierte Ziel ist nicht nur die Entwicklung neuartiger Repressions- und Überwachungstechniken aller Art, sondern auch die wissenschaftliche Erfassung der »gesellschaftlichen Dimensionen« von »Sicherheit«. Hierunter fallen beispielsweise Vorhaben, bei denen sich mit der Steigerung der Resilienz respektive Widerstandsfähigkeit westlicher Gesellschaften gegen Angriffe feindlicher Kombattanten (»Terroristen«) im Inland befasst oder gefragt wird, »inwieweit externe Konflikte und das außenpolitische Handeln der Bundesrepublik Deutschland Rückwirkungen auf islamistische Radikalisierungsprozesse in Deutschland haben«.

Daases Projekt »Sicherheitskultur im Wandel« war nun insbesondere die Aufgabe zugeordnet, die bei der deutschen Bevölkerung vorhandene Akzeptanz für staatliche Repressionsmaßnahmen unter die Lupe zu nehmen. Den Ausgangspunkt bildete dabei nach eigenen Angaben folgende Einschätzung: »Während einige gesellschaftliche Gruppen Terrorismus als die zentrale sicherheitspolitische Herausforderung ansehen und neue Kontroll- und Überwachungstechniken befürworten, fühlen sich andere Gruppen gerade durch diese Anti-Terrormaßnahmen in ihren individuellen Bürger-

und Freiheitsrechten bedroht«. Um vor diesem Hintergrund zu verhindern, dass die »Pluralisierung der gesellschaftlichen Deutungsangebote« zu einem »Verlust einer eindeutigen Orientierung darüber, was gefährlich ist«, führt, empfahlen die Frankfurter Sozialwissenschaftler der politischen Führung, »nicht-staatliche Sicherheitsakteure« als »Koproduzenten von Sicherheit« in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Notwendig sei ein Staat, der als »vermittelnder Manager und gesamtgesellschaftlicher Steuermann« gemäß einer umfassenden »Security Governance« auftrete, hieß es.

Dass der »gesamtgesellschaftliche Steuermann« auch die massenmedial vermittelte »Sicherheitskommunikation« steuert, stand für die Frankfurter Forscher dabei außer Frage. Da »Informationen zwischen sicherheitspolitischen Akteuren und den Bürgern« ausschlaggebend für »Legitimität« und »Effektivität« politischer Entscheidungen seien, müssten »komplexe sicherheitspolitische Inhalte in klare Botschaften verpackt« werden, lautete ihre Handlungsanweisung an die Propagandisten in Ämtern und Ministerien. Wie die Wissenschaftler weiter ausführten, seien solche klaren Botschaften insbesondere beim »Umgang mit Terrorismus, Pandemien, militärische(n) Auslandseinsätzen oder Migration« dringend vonnöten – zumal vermehrt »nicht-staatliche Gruppen und Initiativen« auf den entsprechenden Kommunikationsprozess Einfluss nähmen, indem sie »neue technologische Medien« nutzten.

»Ganzheitliche« Bekämpfung

Analog zu Daase und Kollegen arbeitet auch die Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam (FFGI), Susanne Schröter, den hiesigen Repressionsbehörden zu. Nach Angaben des Exzellenzclusters »Norma-



Gruppen wie die Interventionistische Linke zwar in das etablierte politische System integriert worden seien. «Radikale Akteure» akzeptiert würden (Polizei gegen Anhänger von Blockupy am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main)

tive Ordnungen«, dem das FFGI ebenso angehört wie der Forschungszusammenhang »Internationale Dissidenz«, sitzt Schröter seit 2015 im »Fachbeirat« des »Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus«. Das »Präventionsnetzwerk« wiederum ist integraler Bestandteil des vom Hessischen Innenministerium ins Leben gerufenen »Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus« (HKE), das nach eigenem Bekunden »sämtliche landesweiten Initiativen der Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen aus den Bereichen des Rechts-, des Links- und des islamistischen Extremismus zentral erfasst, koordiniert und optimiert«. Sowohl in der »Lenkungsgruppe« des HKE als auch im »Fachbeirat« des »Präventionsnetzwerks« sind Beamte des Landeskriminalamts Wiesbaden und des Verfassungsschutzes vertreten. Ihr erklärtes Ziel besteht darin, im Rahmen eines »ressort- und organisationsübergreifenden Ansatz(es)« alle als »extremistisch« definierten Gruppen und Bewegungen »ganzheitlich« zu bekämpfen.

Professorin Schröter dürfte dieses Ziel vollumfänglich teilen, »berät« sie doch Presseberichten zufolge das hessische Landeskriminalamt (LKA) auch direkt. Wie sie in einem Aufsatz schreibt, gilt ihr das Rhein-Main-Gebiet als zentrale »salafistisch-dschihadistische Operationsbasis«, deren Zerschlagung nicht zuletzt dadurch behindert werde, dass »fatalerweise« eine »sozialarbeiterische Perspektive« die gesellschaftliche Debatte über den gewaltbereiten Salafismus dominiere und daher wirklich »geeignete Abwehrmaßnahmen« ausblieben. Schröters ausdrückliche Unterstützung erfährt dagegen der Präsident des Landeskriminalamts, Holger Münch, mit seiner Forderung nach einem »Masterplan« zur Bekämpfung des Islamismus: »Darin ist ihm recht zu geben, doch man sollte hinzufügen, dass eine zügige

Umsetzung dieser Idee geboten ist. In Hessen, in Deutschland und darüber hinaus.«

Schon bei der Gründungskonferenz des von Schröter geleiteten FFGI Ende November 2014 war ein Mitarbeiter des LKA Rheinland-Pfalz zugegen. In seinem Referat definierte er den »dschihadistische(n) Salafismus« als »Jugendkultur« der »neuen Feinde der Demokratie«. Diese Auffassung deckt sich mit der des FFGI, das den militanten Islamismus analog zu den Frankfurter »Dissidenzforschern« als »transnationale Bewegung« beschreibt, die ein »utopisches Gegenmodell zu real existierenden Gesellschaftsformen« darstelle. Eindeutig verworfen werden indes wissenschaftliche Analysen, die die »zunehmende Anziehungskraft des Salafismus in westlichen Ländern« in erster Linie auf die »Diskriminierungserfahrungen« von Migranten und deren Nachkommen zurückführen. Folgerichtig ging es bei der Gründungstagung des FFGI denn auch nicht um Themen wie Rassismus und soziale Ungleichheit, sondern darum, »Präventionsmaßnahmen« und »De-Radikalisierungs-Programme« im Hinblick auf die von den deutschen Repressionsbehörden gewünschten »Effekte« zu diskutieren.

»Radikalisierungsprävention«

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich gleichfalls ganz der »Radikalisierungsprävention« verschrieben. In Fortführung vorangegangener Initiativen hat man hier 2015 das Programm »Demokratie leben!« zwecks Finanzierung entsprechender »Modellprojekte« aufgelegt. Wie den zugehörigen »Leitlinien« des Ministeriums zu entnehmen ist, werden insbesondere Vorhaben gefördert, die sich mit »Rechtsextremismus«, »gewaltförmigen islamistischen Phänomenen« und »demokratiefeindlichen Manifestationen

linker Militanz« unter Heranwachsenden befassen. Zu den Zielen des Programms heißt es: »Die Modellprojekte sollen als Praxisprojekte an den Lebenswelten der Jugendlichen ansetzen, ihr soziales Umfeld einbeziehen, (...) kooperative, gewaltlose Strategien der Konfliktlösung vermitteln, Ideologien bzw. Ideologiefragmente bearbeiten und Alternativen zur Zugehörigkeit zu demokratiefeindlichen, gewaltbereiten Gruppen bieten bzw. aufzeigen«.

Die wissenschaftliche Begleitung und »Evaluation« des Programms obliegt dem Deutschen Jugendinstitut (DJI), das auf diesem Gebiet bereits über einschlägige Erfahrung verfügt. Unter der Bezeichnung »Neue Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention bei jungen Menschen« führte die Einrichtung in den Jahren 2011 bis 2014 selbst ein Forschungsprojekt über »linksmilitante« und »radikalislamische« Orientierungen bei Heranwachsenden durch. Dem DJI zufolge ging es dabei darum, die »inneren Logiken« der genannten politischen Haltungen ebenso auszuloten wie deren »Gemeinsamkeiten und Spezifika«; zudem wollte man prüfen, inwieweit »Ansätze und Erfahrungen aus der Rechtsextremismusprävention« auf die Bekämpfung von Linksradikalismus und Islamismus »übertragbar« sind: »Es sollen jugendsoziologische Perspektiven stark gemacht werden, die die Hintergründe für Gewalt/Gewaltakzeptanz im Rahmen politischen Handelns Jugendlicher auf individueller und gesellschaftlicher Ebene, biographische Verläufe, Zugänge und Einstiege sowie die Verfestigung von Ideologie in den Fokus nehmen«. Erklärtes Ziel war es, auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse Pädagogen und staatlichen Stellen »Entscheidungshilfen« für ihre Arbeit an die Hand zu geben.

Fast zeitgleich mit dem DJI widmeten sich Wissenschaftler der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) und der Universität Luxemburg einem Forschungsprojekt, das einen ganz ähnlichen Ansatz aufweist und wie die Arbeiten des DJI vom Bundesfamilienministerium im Rahmen seines damaligen Programms »Initiative Demokratie stärken« finanziert wurde. Das etwas sperrige Thema lautete »Zwischen Gesellschaftskritik und Militanz: Politisches Engagement, biographische Verläufe und Handlungsorientierungen von Jugendlichen in Protestbewegungen und linksaffinen Szenen«. Durch »problemzentrierte Interviews« mit in deutschen Städten lebenden linken und linksradikalen Heranwachsenden wollte man unter anderem etwas über deren »Umgang mit Gewalt« in Erfahrung bringen. Des weiteren erstreckte sich das Erkenntnisinteresse der Forscher laut einer Selbstdarstellung »auf die sozialen Bedingungen, Prozesse und Ereignisse, die politisches Engagement und Protest hervorbringen, verstetigen und verändern« sowie »auf die Perspektiven, Selbstverständnisse und Ziele, die das politische Engagement Jugendlicher kennzeichnen«. Ausweislich eines 2016 von den Projektmitarbeitern veröffentlichten Aufsatzes wurden die Interviewpartner zu diesem Zweck nicht nur über ihre Biographie und die sie »politisierende(n) Ereignisse« befragt; erhoben wurden zudem Angaben über »Szenezugehörigkeit« und »Beteiligung an politischen Aktionen« sowie über »Erfahrungen mit Strafverfolgungsbehörden und Eskalationen bei Demonstrationen«.

»Linksaffine Zielgruppen«

Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, dass sich die Wissenschaftler der HWR und der Universität Luxemburg nach Bekanntwerden der Projekthalte anno 2013 mit dem Vorwurf konfrontiert sahen, sie würden linke und linksradikale Zusammenhänge im Dienste der Staatsorgane ausspähen. Der Verdacht, hier sei eine »Spitzelstudie« in Auftrag gegeben worden, wird noch durch ein anderes Faktum genährt: Für die Forschungen verantwortlich zeichnete der Soziologe Wolfgang Kühnel, dessen Lehrstuhl an der HWR dem dortigen Fachbereich »Polizei und Sicherheitsmanagement« zugeordnet ist. Zu seinen »Praxisschwerpunkte(n)« zählt der Mann nach eigenen Angaben die Erstellung »operative(r) Fallanalyse(n)« für das Bundeskriminalamt.

Wie Kühnel und Kollegen in ihrem Abschlussbericht von 2014 berichteten, stieß ihre Arbeit denn auch auf »erheblichen Widerstand« seitens der als Interviewpartner Ausersehenen – eine Problematik, von der das DJI gleichfalls ein Lied zu singen weiß. So ist etwa im maßgeblich von der Einrichtung verantworteten Abschlussbericht zum erwähnten Bundesprogramm »Initiative Demokratie stärken« mehrfach die Rede von Schwierigkeiten bei der »Zugangerschließung« zu »linksaffinen Zielgruppen«. Für eine erfolgreiche »Präventionsarbeit« seien zudem »umfassende Szenekenntnisse« und »ausgeprägte inhaltliche Kenntnisse szenetypischer, teilweise intellektueller Diskurse« vonnöten, heißt es mit leicht klagendem Unterton. Indes – die Mitarbeiter des DJI sind findig. Wie Michaela Glaser, Projektleiterin der dortigen »Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention«, in der Ausgabe 1/2015 von *DJI-Impulse* schrieb, gelte es nunmehr, die Ergebnisse der »Protest- und Bewegungsforschung« in die eigene Tätigkeit »einzubeziehen«: »Aus der Sicht der pädagogischen Praxis ist dies schon deshalb erforderlich, um in den Augen der jugendlichen Zielgruppen glaubwürdig zu sein und sie erreichen zu können«.

Die besagte »Protest- und Bewegungsforschung« wiederum durchläuft hierzulande offenbar gerade eine Phase der Hochkonjunktur. In Berlin etwa wurde erst 2012 ein Institut gegründet, das sich ganz diesem Forschungszweig verschrieben hat – der durchaus auch für viele linke Wissenschaftler attraktiv ist. Die Einrichtung, die unter dem nicht eben originellen Namen »Institut für Protest- und Bewegungsforschung« (IPB) firmiert, strebt nach eigenem Bekunden nicht weniger an als die »Dauerbeobachtung von politischen und sozialen Protesten in Deutschland im Sinne eines ständig fortzuschreibenden Protestmonitors«. Passend dazu untersucht der IPB-Mitarbeiter Peter Ullrich von der Technischen Universität Berlin die »Effekte« polizeilicher Videoüberwachung auf die Teilnehmer von Demonstrationen. Ermittelt werden soll, ob die permanente Beobachtung von Protestierenden zu deren »Radikalisierung« oder zu deren »Disziplinierung« beiträgt und eventuell sogar »persönlichkeits- und einstellungsformende Auswirkungen« im Sinne einer »Internalisierung von Kontrolle« zeitigt.

Aktuell beteiligt sich das IPB an einer internationalen Konferenz, die am heutigen Mittwoch am »Institut für Soziale Bewegungen« der Ruhr-Universität Bochum beginnt. Thema sind von Protestbündnissen lancierte »strömungsübergreifende Mobilisierungen«. Zur Diskussion stehen laut Veranstaltungsprogramm sowohl die »Bedingungen«, unter denen Allianzen widerständiger »Akteure« zustande kommen, als auch möglicherweise daraus resultierende »Spannungen« zwischen den Beteiligten. Das Beobachtungsspektrum reicht von antifaschistischen Organisationen über Frauen- und Umweltgruppen bis zu Aufstandsbewegungen.

Es bedarf eigentlich keiner Erwähnung, dass auch der Frankfurter Forschungszusammenhang »Internationale Dissidenz« bei der Bochumer Tagung prominent vertreten ist. Die bereits erwähnten Sozialwissenschaftler Nicole Deitelhoff, Priska Daphi und Felix Anderl sollen darüber informieren, welche Auswirkungen »strömungsübergreifende Mobilisierungen« auf die »taktischen Entscheidungen« und das »Protestrepertoire« von Widerstandsbewegungen haben. Einmal mehr dürfte es dabei um Fragen der »Radikalisierung« und »Deradikalisierung« gehen – sehr zur Freude engagierter Pädagogen und Verfassungsschützer.

■ Peer Heinelt schrieb an dieser Stelle zuletzt am 26.9.2016 über die Kooperation zwischen Bundeswehr und zivilen Stellen.

■ Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:

Vor 100 Jahren erklärten die USA dem Deutschen Reich den Krieg

Von Martin Seckendorf